

## **LTW 4** Landtagswahlprogramm

Antragsteller\*in: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 24.10.2016  
Thema: Landtagswahlprogramm  
Status: Modifiziert

### LTW-Programm - WELTOFFEN

#### **3. WELTOFFEN**

1  
2

3 Unser Land ist ein freiheitliches Land, es verändert sich fortwährend. Wir haben  
4 das Privileg, in einer offenen Gesellschaft zu leben. Sie gibt uns die Freiheit, in  
5 Verantwortung mit anderen, unser Gemeinwesen zu gestalten. Freie Entfaltung der  
6 Persönlichkeit, unterschiedliche Lebensformen und Lebensstile, weltoffen in  
7 Vielfalt – das ist unser Programm.

8 Bedingung für die offene Gesellschaft ist die freiheitlich-demokratische  
9 Grundordnung, Glaubens- und Gewissensfreiheit gehören dazu. In unserem Land gelten  
10 Toleranz und Gleichberechtigung, Gewaltenteilung und Gewaltverzicht. So erwarten  
11 wir von allen Menschen auch in Schleswig-Holstein – von denen, die hier geboren  
12 sind, und jenen, die zu uns kommen – dass sie unsere Regeln akzeptieren und leben.

13 Wir GRÜNE stehen für diese offene Gesellschaft ein und für einen handlungsfähigen  
14 Staat, der die Regeln für das Zusammenleben schafft und unsere Demokratie schützt.  
15 Dazu brauchen wir intakte Institutionen der Gesetzgebung, der Verwaltung und der  
16 Rechtsprechung - sie müssen für alle offen und transparent sein. Die Bürger\*innen  
17 sind gefragt, sich einzumischen und bei allen aushandelbaren Entscheidungsprozessen  
18 lernfähig bleiben – bis hin zu Kompromissen in politischer Mitverantwortung. Das  
19 ist anstrengend und herausfordernd.

20 Unsere Offenheit hat aber auch klare Grenzen: wenn die Grundwerte von Freiheit und  
21 Humanität – offen oder verdeckt – in Frage gestellt oder gar bekämpft werden, wenn  
22 soziale Ängste geschürt oder dumpfe Instinkte einer völkischen Selbstbehauptung für  
23 antidemokratische Ziele missbraucht werden. Das Gespenst des Nationalismus und  
24 Rassismus bedroht – menscheinfeindlich und brandgefährlich - vor allem anders  
25 Denkende, anders Aussehende oder anders Sprechende aus anderen Ländern. Die  
26 zunehmende Brutalisierung der politischen Auseinandersetzung, zur Zeit noch  
27 außerhalb der Parlamente, und die Gewalt vor allem gegen Minderheiten in unserem  
28 Land bestürzen uns. Wir werden dem entschieden entgegentreten.

29 Wir GRÜNE sind eine Partei, die sich gegen jede Form von Gewaltherrschaft und  
30 Unterdrückung wendet. Der Widerstand gegen Antisemitismus, Rassismus und  
31 Fremdenfeindlichkeit liegt in unseren politischen Genen. Die offene Gesellschaft  
32 ist kein Naturgesetz, sie wurde von vielen Menschen hart erkämpft und kann wieder  
33 verloren gehen. Umso größer ist unser Engagement für den offenen Austausch von  
34 Ideen und Lebenseinstellungen – über alle Grenzen hinweg. Wir sind als Schleswig-  
35 Holsteiner\*innen in Deutschland, in Europa und der Welt zu Hause.

36 **Europa / Unsere Zukunft liegt in einem geeinten Europa. Die EU**  
37 **soll demokratischer und sozial werden**

38

39 Wir Schleswig-Holsteiner\*innen erfahren seit langem, dass unsere Zukunft in Europa  
40 liegt. Als Tor zu Nordeuropa und als "Land der Minderheiten" profitieren wir von  
41 einem starken Europa mit freizügigen Grenzen für Handel und Wandel. Wir GRÜNE  
42 stehen dafür ein – manches Mal leidenschaftlich.

43 Das Zusammenwachsen der Europäischen Union in Europa ist ein laufender Prozess und  
44 hat wesentlich zum jahrzehntelangen Frieden in den Ländern beigetragen. Gerade wird  
45 Europa an seinen Rändern von militärischen Konflikten in Spannung gebracht, alte  
46 und neue Blockbildungen lassen das Sicherheitsgefüge bröckeln, militärische  
47 Präsenzen haben sich verstärkt, wirtschaftliche und politische Sanktionen sind  
48 wieder zum Mittel der Politik geworden. Dagegen setzen wir die Notwendigkeit  
49 verbaler Abrüstung zwischen Konfliktstaaten, Verhandlungsfähigkeit,  
50 Dialogbereitschaft und die Stärkung der Zivilgesellschaft.

51 Die EU ist – nicht erst seit dem Austrittsreferendum der Briten – auch in ihrem  
52 Bestand und ihrer Entwicklung unter Druck geraten. Die Fliehkräfte kommen nicht von  
53 ungefähr: Über Jahrzehnte hinweg wurde europäische Politik von etlichen  
54 Politiker\*innen in Bund, Ländern und Kommunen für vieles verantwortlich gemacht,  
55 was hierzulande nicht rund lief. So haben sich Ressentiment aufgebaut, die weit  
56 über ein häufig berechtigtes Unbehagen gegenüber der EU-Bürokratie hinausgehen. Für  
57 uns ist die Europäische Union entschieden mehr als ein reines Wirtschaftsprojekt,  
58 das vor allem die Interessen von international agierenden Banken und Großkonzernen  
59 bedient, die ökonomische Barrierefreiheit und offene Märkte suchen. Die Europäische  
60 Union ist für uns immer auch ein kultur- und sozialpolitisches Projekt, das den  
61 Menschen Frieden, Freizügigkeit und Wohllieben bringen soll. Europa als Sinnbild  
62 einer offenen, humanitär und tolerant gesinnten Gemeinschaft über innere wie äußere  
63 Grenzen hinweg: Wir GRÜNE arbeiten engagiert an diesem zukunftsorientierten Projekt  
64 mit. Unsere Leitlinie ist dabei, die Europäische Union transparenter,  
65 demokratischer und sozialer zu gestalten. Dazu brauchen wir eine europäische  
66 Öffentlichkeit, eine europäische Debatte, eine europäische Kultur des Dialogs und  
67 der Verbindlichkeit.

#### 68 **Schleswig-Holsteins Rolle als Brückenbauer im Ostseeraum**

69 Durch die Arbeit unseres Landes im Ostseeraum sind viele zivilgesellschaftliche  
70 Bündnisse, kommunale Partnerschaften und parlamentarische Kooperationen entstanden.  
71 Diese Arbeit werden wir fortsetzen, besonders jetzt, wo in Europa anti-europäische  
72 Kräfte Zulauf haben. Gerade weil wir die aktuelle Entwicklung in Russland mit Sorge  
73 begleiten, werden wir den Dialog mit Russland über die Ostseearbeit fortsetzen und  
74 in osteopolitischen Konferenzen Menschenrechtsfragen stärker thematisieren. Unser  
75 neuer Beobachterstatus im Nordischen Rat stärkt Schleswig-Holstein als südlichsten  
76 Teil Skandinaviens. Wir verstehen unsere Rolle als Brückenbauer im Friedensraum  
77 Ostsee.

#### 78 **Europäische Zivilgesellschaft und das EU-Parlament stärken**

79 Was heißt es für uns GRÜNE konkret, die Europäische Union demokratischer zu  
80 gestalten? Es geht darum, dem Europäischen Parlament mehr Rechte zu geben gegenüber  
81 der Kommission und dem Ministerrat. Wir werden aus unserem Land Schleswig-Holstein  
82 heraus die Möglichkeiten zu frühzeitiger Beteiligung an der europäischen  
83 Gesetzgebung nutzen. Auch die Einflussmöglichkeiten der europäischen  
84 Zivilgesellschaft wollen wir ausbauen, so dass eine noch wirksamere europäische  
85 Öffentlichkeit entstehen kann. Das und mehr setzen wir den EU-Skeptiker\*innen und  
86 Renationalisierungsbestrebungen entgegen. Freiheit von Gentechnik auf Acker und  
87 Teller, Faire internationale Handelsabkommen, Wasser als öffentliches Gut – Europas

88 Bürger\*innen zeigen seit vielen Jahren, dass sie es verstehen, auch in Europa  
89 erfolgreich mitzuwirken. Diese Beteiligung werden wir ausbauen und Initiativen  
90 unterstützen.

### 91 **Europäische Bildungs- und Kulturarbeit unterstützen**

92 Gemeinsame Bildungs- und Kulturarbeit kann dazu beitragen, einen  
93 grenzüberschreitenden Kulturraum zu fördern. Gerade um der jungen Generation eine  
94 bestmögliche und grenzüberschreitende Zukunft zu ermöglichen, wollen wir unsere  
95 Bildungslandschaft europäisieren. Wir werden deshalb Projekte an unseren  
96 Europaschulen, europäische Kulturprojekte und Austauschprogramme ausbauen. Nachdem  
97 die Universität Flensburg auch durch grüne Unterstützung zu einer Europauniversität  
98 geworden ist, werden wir sie in ihrem europäischen Forschungsschwerpunkt weiterhin  
99 unterstützen. Mit den Mitteln des Erasmusprogramms wollen wir noch mehr Jugendliche  
100 und junge Menschen aller Ausbildungsgänge und Berufsgruppen aus Schleswig Holstein  
101 Europa erleben lassen.

### 102 **Mit Dänemark zusammenarbeiten**

103 Dänemark ist für uns in Schleswig-Holstein der wichtigste europäische Partner. Wir  
104 haben einen gemeinsamen Grenzraum, viele Handelsbeziehungen und verfolgen zusammen  
105 eine erfolgreiche Minderheitenpolitik. Sowohl durch die Asylpolitik, als auch durch  
106 die Wiedereinführung von Grenzkontrollen hat unser ansonsten gutes Verhältnis  
107 jedoch stark gelitten. Wir werden uns in Dänemark mit allen pro-europäischen  
108 Kräften vernetzen und uns mit ihnen für eine offene Gesellschaft engagieren. Wir  
109 lehnen Grenzkontrollen zu Dänemark ab und wollen den grenzüberschreitenden  
110 Arbeitsmarkt, den ÖPNV sowie die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft  
111 und Gesundheitswesen weiter voranbringen.

### 112 **Europas Regionen stärken Europa**

113 Die Möglichkeiten der Nationalstaaten, im Alleingang nachhaltige Lösungen auf  
114 zunehmend globalisierte Probleme zu entwickeln, sind begrenzt. Die Zukunft liegt im  
115 Zusammenspiel der Regionen, Kommunen und Nationalstaaten mit dem Europäischen  
116 Parlament und den europäischen Institutionen. Wir nehmen die Herausforderung mit  
117 einer zielstrebigem Landesaußenpolitik an. Klimawandel, eine humane  
118 Flüchtlingspolitik sowie Wirtschafts- und Währungspolitik sind durch nationale  
119 Abschottung nicht zu lösen. Wir GRÜNE stehen bedingungslos für grenzüberschreitende  
120 Kooperationen. Wir werden uns noch mehr mit anderen Regionen in allen Teilen  
121 Europas austauschen und vernetzen, um gemeinsame Ziele umzusetzen.

### 122 **Die Kommunen fit für Europa machen**

123 Unsere Kommunen müssen an vielen Stellen europäisches Recht umsetzen. Zudem ist die  
124 Beantragung europäischer Mittel oftmals herausfordernd. Deshalb ist es wichtig,  
125 dass das Land den Kommunen sein Expertenwissen zur Verfügung stellt und auch  
126 weiterhin bei der Antragstellung hilft. Bei der Anwerbung und dem Einsatz  
127 europäischer Fördermittel werden wir wie bisher auf hohe Wirksamkeit für Klima,  
128 soziale Gerechtigkeit, Innovation und Umwelt setzen.

### 129 **Schleswig Holstein als Vorbildregion für Nationale Minderheiten ausbauen**

130 Wir GRÜNE wollen ein grenzenloses Europa, in dem Nationale Minderheiten  
131 gleichberechtigt mit der Mehrheitsbevölkerung in ihrer gemeinsamen Heimat leben.  
132 Schleswig-Holstein ist dafür Vorbild. Nachdem der Minderheitenbereich bei Schwarz-  
133 Gelb starke Kürzungen hinnehmen musste, haben wir ihn wieder stärker gefördert und  
134 den Schutz für Sinti und Roma in die Landesverfassung aufgenommen. Unsere

135 Minderheiten sind ein Gewinn für uns alle. Es ist deshalb unsere gemeinsame  
136 Aufgabe, sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen. So haben wir die  
137 Minderheitenverbände auch finanziell gestärkt. Unser Ziel ist es, dass die Mittel  
138 zukünftig verstärkt für Projekte von jungen Menschen in den Minderheiten zum Tragen  
139 kommen.

140 Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass mehr Menschen, die binational oder  
141 als Teil von Minderheiten aufgewachsen sind, die doppelte Staatsbürgerschaft  
142 bekommen können.

143 Wir werden uns bei der EU dafür verwenden, dass die Minderheitenbelange bei den  
144 Grundrechten oder dem Geoblocking (regionale Blockierung von Internetangeboten)  
145 stärker berücksichtigt werden.

#### 146 **Minderheiten und Regionalsprachen machen unser Land bunt**

147 Ein zentrales Element unserer Minderheitenpolitik ist die Sprachenpolitik. Unsere  
148 Minderheiten- und Regionalsprachen sollen geschützt und durch  
149 Sprachunterrichtsangebote in den Schulen und Kitas aktiv gelebt werden. Wir haben  
150 daher auch ein Gesetz zur Stärkung der Minderheitensprachen beschlossen. Mit einem  
151 Handlungsplan Sprachenpolitik hat sich die Landesregierung in dieser Legislatur der  
152 Sprachen Dänisch, Friesisch, Roma und unserer Regionalsprache Niederdeutsch  
153 angenommen. In den kommenden Jahren wollen wir dafür sorgen, dass Minderheiten auch  
154 bei Behördenkontakt ihre eigenen Sprachen anwenden können und Minderheitensprachen  
155 in der Öffentlichkeit sichtbarer werden.

#### 156 **Schleswig-Holstein übernimmt Verantwortung für die "Eine Welt"**

157 Globale und regionale Entwicklungen sind eng miteinander verschränkt. Unser  
158 Konsumverhalten und Lebensstil wirken sich in anderen Teilen der Welt aus. Der  
159 Kampf für Frieden, gegen Hunger und Armut, für das Recht auf Bildung, die  
160 Eindämmung der Folgen des Klimawandels und die Förderung einer nachhaltigen  
161 Entwicklung überall auf der Welt sind Teil unserer globalen Verantwortung. Ihr  
162 wollen wir vor Ort gerecht werden. Ob Klimawandel und Küstenschutz, Flüchtlinge  
163 oder Konsum: Globale Entwicklungen holen uns zuhause ein. GRÜNE Landespolitik  
164 wirkt: ob im Beschaffungswesen, in der Energiepolitik, in der Landwirtschafts- oder  
165 Fischereipolitik. Wir streben einen ressortunabhängigen Nachhaltigkeits-Check für  
166 alle Gesetze, Bundesratsinitiativen und Verfügungen des Landes an. Um das  
167 abzusichern, werden wir die globalen Nachhaltigkeitsziele der UN (Sustainable  
168 Development Goals, SDG) in den Strategien des Landes verankern.

169 Wir wollen die erfolgreichen Projekte und Institutionen – wie das "Bündnis Eine  
170 Welt", das Landesnetzwerk der Entwicklungszusammenarbeit, die vielen  
171 Städtepartnerschaften, Schulpartnerschaften, Verbände- und  
172 Wirtschaftspartnerschaften – weiter unterstützen. Um in der Partnerschaftsarbeit  
173 noch breiter aufgestellt zu sein, steht die Gründung von fairen  
174 Wirtschaftspartnerschaften aus Schleswig-Holsteins mit Entwicklungsregionen an.

#### 175 **Ja zu weltweiten Handelskooperationen - Nein zu CETA und TTIP**

176 Im Land zwischen den Meeren wissen wir seit Jahrhunderten: Internationaler  
177 Austausch von Ideen und Waren kann die Welt besser machen. Das ist kein  
178 Selbstgänger. Wir stehen für faire Handelsbeziehungen. Sie sollten möglichst  
179 multilateral zwischen allen Staaten, unter Beteiligung internationaler  
180 Organisationen, wie der UN vereinbart und weiter entwickelt werden. Bei bilateralen  
181 Handelsabkommen, etwa zwischen den USA und Europa, ist ein transparentes und

182 demokratisches Verfahren vom Beginn bis zum Abschluss der Verhandlungen  
 183 unabdingbar. Dazu gehört die Beteiligung eines gestärkten europäischen Parlamentes  
 184 und der Parlamente der Mitgliedsländer.

185 Handelsabkommen, die soziale und ökologische Standards abbauen oder zukünftig gar  
 186 verhindern, die Arbeitnehmerrechte gefährden, wird es mit uns nicht geben. Das gilt  
 187 auch für die Sicherung der Zuständigkeit für alle Bereiche der Daseinsvorsorge in  
 188 kommunaler und regionaler Hand. Der Schaffung von Investoren-Staatenschutzabkommen  
 189 – Konzerne können demokratische Staaten vor privaten Gerichten verklagen – werden  
 190 wir abwehren. Die Sonderklagerechte für Konzerne lehnen wir grundsätzlich ab. Der  
 191 Investor\*innenschutz schadet unserer mittelständischen Wirtschaft, die sehr  
 192 kostspieligen Prozesse könnten sich nur Großkonzerne leisten. Trotz kleiner  
 193 Verbesserungen im Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada erfüllt das CETA-  
 194 Abkommen unsere Kriterien für ein faires Handelsabkommen nicht. Wir unterstützen  
 195 die Volksinitiative "Schleswig-Holstein stoppt CETA", die unsere Landesregierung  
 196 auffordert, dieses schädliche Handelsabkommen im Bundesrat abzulehnen. Eine  
 197 Landesregierung, an der wir beteiligt sind, wird CETA im Bundesrat nicht zustimmen  
 198 können.

199 Die Entwicklung von Wirtschaftspartnerschaften mit anderen Regionen weltweit ist  
 200 für Unternehmen und Bürgerinnen ein wichtiger Baustein. Wir GRÜNE streben in  
 201 Schleswig-Holstein solche Netzwerke auch mit Staaten und Regionen in den USA und  
 202 Kanada an und wollen die Außenwirtschaftsstrategie unserer  
 203 Wirtschaftsfördereinrichtung WTSH um diese Punkte ergänzen.

#### 204 **Auf den Punkt**

- 205 • *Wir werden* Europa demokratischer und sozial gestalten,
- 206 • Brückenbauer zwischen Zentral- und Nordeuropa sein,
- 207 • Europäische Bildungs- und Kulturarbeit stärken,
- 208 • mit progressiven Parteien und Organisationen in Dänemark kooperieren,
- 209 • Nein zu Grenzkontrollen sagen,
- 210 • Schleswig-Holsteins Vorreiterrolle für Nationale Minderheiten ausbauen,
- 211 • Faire Wirtschaftspartnerschaften mit Entwicklungsländern eingehen,
- 212 • Nein sagen zu TTIP und CETA sagen, aber Kooperationsabkommen mit hohen  
 213 Verbraucher\*innen und Arbeitnehmer\*innenstandards unterstützen.

#### 214 **Flucht und Asyl / Die Integration gestalten und Menschenrechte** 215 **verteidigen**

216  
 217 Wir stehen für eine weltoffene Gesellschaft, die den Menschen Schutz bietet, die  
 218 unseren Schutz brauchen. Das vergangene Jahr hat Deutschland verändert. Mehr als  
 219 800.000 Menschen sind vor Krieg, Mord und aus wirtschaftlicher Not geflohen.  
 220 Deutschland hat sie aufgenommen. Allein wir in Schleswig-Holstein haben 35.000  
 221 Menschen Zuflucht gegeben. Es war die Zivilgesellschaft, Menschen in Dörfern und  
 222 Städten, die erste große Integrationsleistungen vollbrachten. Landespolitik und  
 223 Kommunen haben dann die Erstversorgung sichergestellt. Jetzt gilt es, die  
 224 Integration zu intensivieren.

225 Deutschland und Europa müssen aber auch die Fluchtursachen bekämpfen. Wir tragen  
226 eine Mitverantwortung für die durch den Klimawandel ausgelösten Dürren und die  
227 Wüstenbildungen, für die Verarmung und Vertreibung von Kleinbauern, weil wir eine  
228 falsche Global-Agrarpolitik machen. Eine Sicherheits-, Friedens- und Außenpolitik,  
229 die nicht auch Agrar-, Energie- und Handelsaußenpolitik ist, kann nicht gelingen.

230 Wir setzen uns für eine europäische Flucht- und Asylpolitik ein. Die europäische  
231 Außengrenze darf keine Todeslinie werden. Sie muss kontrolliert werden und zwar von  
232 uns Europäer\*innen und nicht von der Türkei. Die Registrierung von Flüchtlingen  
233 soll nicht erst nach der oft tödlichen und durch Schlepper\*innen organisierten  
234 Flucht übers Meer stattfinden, sondern in den Aufnahmeeinrichtungen an den  
235 europäischen Außengrenzen direkt. Und zwar durch das UN-Flüchtlingshilfswerk, das  
236 humanitäre Visa ausstellt, die die legale und gesteuerte Einreise nach Europa  
237 regeln.

238 Wir GRÜNE bekennen uns ausdrücklich zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen.  
239 Um für kommende Herausforderungen gewappnet zu sein, braucht es Strukturen, die  
240 flexibel genutzt werden können, wenn die Zugangszahlen wieder steigen oder stark  
241 zurückgehen. Wir GRÜNE sehen in der Zuwanderung sowohl eine Bereicherung als auch  
242 eine Herausforderung, das Miteinander zum Nutzen aller zu gestalten.

#### 243 **Faire Asylverfahren von Anfang bis Ende**

244 Wir finden schnelle Asylverfahren richtig – aber nicht zu Lasten rechtsstaatlicher  
245 Standards. Verfahrensberatung, Zugang zu qualifizierten Dolmetscher\*innen und  
246 anwaltlicher Beistand müssen gewährleistet werden. Dabei darf es keine Rolle  
247 spielen, aus welchem Land die Geflüchteten kommen. Das Konzept der sicheren  
248 Herkunftsstaaten lehnen wir weiterhin ab.

249 Die guten Standards des Landes in Unterkünften müssen gehalten werden. Individuelle  
250 Bedürfnisse von Geflüchteten, zum Beispiel von Frauen und Kindern, finden dabei  
251 Berücksichtigung. Wir halten an der Vereinbarung des Flüchtlingspaktes fest, dass  
252 niemand länger als drei Monate in der Erstaufnahme bleiben soll. Viele Kommunen in  
253 unserem Land haben noch Kapazitäten, um Flüchtlinge aufzunehmen.

254 Wir drängen auf die Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege. Von zentraler  
255 Bedeutung ist für uns der geregelte Familiennachzug. Wir werden im Rahmen der  
256 rechtlichen Möglichkeiten einen erweiterten Familiennachzug aus EU- und  
257 Drittländern auch über Kontingente zeitnah möglich machen.

258 Zudem setzen wir auf das Resettlement-Programm des UNHCR, das die Umsiedlung  
259 besonders gefährdeter Flüchtlinge organisiert und sie mit dauerhaften  
260 Aufenthaltserlaubnissen ausstattet.

261 Auf Bundesebene fordern wir ein Einwanderungsgesetz. Alle Menschen, die nicht über  
262 Asyl oder Resettlement nach Europa kommen, können als Arbeitsmigrant\*innen im  
263 Rahmen eines neu zu schaffenden Einwanderungsgesetzes einen Antrag stellen. Ihre  
264 Aufnahme richtet sich nach den wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen  
265 Bedürfnissen.

266 Diejenigen, die bei uns kein Asyl bekommen können, sollen in geordneten Verfahren  
267 in die Heimatländer rückgeführt werden. Wir lehnen Abschiebungshaft und nächtliche  
268 Abschiebungen als inhuman ab. Wer kein Bleiberecht erhält, soll kompetente und  
269 unabhängige Rückkehrberatung in Anspruch nehmen können. Wir werben im Bund und in  
270 Europa für sinnvolle Hilfen zum Neuanfang.

#### 271 **Integration nachhaltig organisieren**

272 Die Integration der Geflüchteten ist eine der drängendsten Aufgaben dieser Zeit.  
 273 Sie ist eine Querschnittsaufgabe und findet sich deshalb in allen Abschnitten dieses  
 274 Programms. Der Bund darf die Länder und Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein  
 275 lassen. Viele Maßnahmen haben in Schleswig-Holstein bereits gegriffen. Es gibt ein  
 276 breites Angebot an Sprach- und Integrationskursen und Arbeitsangeboten. Kontakt und  
 277 Begegnung auf Augenhöhe sind elementar für erfolgreiche Integration. Aus diesem  
 278 Grund wollen wir Projekte fördern, die Begegnungen und Austausch möglich machen.  
 279 Auch Peer-to-Peer-Projekte im Rahmen der Geflüchteten, die schon länger in  
 280 Schleswig-Holstein leben, neue Geflüchtete als Expert\*innen werden wir fördern.  
 281 Alles, was der Selbstertüchtigung der Geflüchteten dient, ist zu unterstützen.

282 Deutsch lernen ist die Basis für eine erfolgreiche Integration. Mit seiner  
 283 restriktiven und zögerlichen Integrationspolitik legt der Bund den Menschen Steine  
 284 in den Weg. Die Lücken in der Integrationspolitik des Bundes wollen wir schließen  
 285 und allen Menschen in Schleswig-Holstein Zugang zu Sprachkursen und  
 286 Integrationsangeboten von Anfang an ermöglichen – unabhängig von ihrer willkürlich  
 287 am Herkunftsland festgemachten Bleibeperspektive. Wir fordern vom Bund ein Ende der  
 288 Diskriminierung aufgrund von Herkunftsländern.

289 Wir werden die Kommunen weiterhin mit einer Integrationspauschale unterstützen, die  
 290 wir auch für Familienangehörige zahlen wollen. Wir erwarten, dass die Kommunen  
 291 diese Pauschale tatsächlich für Integrationsaufgaben verwenden. Wir wollen, dass  
 292 die Menschen dort wohnen, wo sie Arbeit und Integrationsangebote vorfinden. Die  
 293 Wohnsitzauflage sehen wir kritisch.

294 *Abstimmen (da anderslautender KPT-Beschluss):*

295 Für den nachhaltigen Integrationserfolg werden wir alle Zuständigkeiten in einem  
 296 Ministerium bündeln und es auch so benennen. Eine der ersten Aufgaben des  
 297 Ministeriums soll die Erarbeitung eines Integrations- und Partizipationsgesetzes  
 298 sein, das allen Flüchtlingen Angebote macht.

299 Auch unterhalb der Staatsbürgerschaft wollen wir Zugezogenen Wahlrecht und  
 300 Partizipation erkämpfen. Am Ende einer gelungenen Integration kann die deutsche  
 301 Staatsbürgerschaft stehen. Das unterstützen wir. Wir halten fest an dem Ziel, dass  
 302 auch mehrere Staatsbürgerschaften möglich sein sollen.

### 303 **Zivilgesellschaft und Selbstorganisation von Migrant\*innen stärken**

304 Ob auf dem Dorf, am Flensburger Bahnhof oder auf dem Nordmarkfeld in Kiel – die  
 305 Jahre 2015 und 2016 haben gezeigt, welch großartige Hilfsbereitschaft in uns  
 306 steckt. Wir setzen uns weiter ein für eine Stärkung und Einbeziehung der  
 307 Migrant\*innenselbstorganisationen in die Gesellschaft und die damit verbundenen  
 308 politischen Prozesse. Wir wollen das Netz der Migrations-Beratungsstellen weiter  
 309 ausbauen und den Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen  
 310 weiter stärken. Angesichts der Anzahl der inzwischen bei uns lebenden Flüchtlinge  
 311 muss seine Stelle mit weiteren Ressourcen ausgestattet werden.

### 312 **Dialog mit den Religionen**

313 Wir setzen uns für ein tolerantes und gleichberechtigtes Miteinander von Gläubigen  
 314 und Nichtgläubigen in unserem Land ein. Es darf nicht Religionen erster und zweiter  
 315 Klasse geben, deshalb muss der Dialog mit Muslim\*innen und Alevit\*innen ernst  
 316 genommen werden. Religionsunterricht ist verfassungsrechtlich geschützt. Deshalb  
 317 fordern wir die Einführung eines muslimischen Religionsunterrichtes, wo es möglich  
 318 und nötig ist, der von staatlichen Lehrkräften erteilt wird. Langfristig soll es  
 319 zum Abschluss einer Vereinbarung über die Rolle des Islam im Land kommen, ähnlich

320 der Verträge, wie sie etwa für die christlichen Kirchen und Jüdischen Gemeinden  
321 bestehen.

### 322 **Salafismus und religiösem Fundamentalismus entgegentreten**

323 Religionsfreiheit hat da ihre Grenzen, wo Hass und Gewalt gepredigt und unsere  
324 freiheitlich demokratische Ordnung angegriffen wird. Um religiösen Fundamentalismus  
325 zu bekämpfen, wollen wir die Präventionsarbeit des Landes im Bereich Salafismus  
326 fortführen und noch wirksamer ausrichten. Verstöße gegen unsere Gesetze müssen von  
327 den Behörden konsequent verfolgt werden.

### 328 **Auf den Punkt**

- 329 • *Wir werden* Integrationsangebote für alle ermöglichen,
- 330 • Ehrenamt und Selbstorganisation von Migrant\*innen stärken,
- 331 • für ein Einwanderungsgesetz streiten,
- 332 • Integrationsaufgaben in einem Ministerium zusammenziehen.

### 333 **Demokratie / Wir wollen unsere Freiheit erhalten und eine** 334 **bunte Gesellschaft entfalten. Sicherheit durch einen starken** 335 **Rechtsstaat**

336

337 Wir leben in einer Gesellschaft mit stabiler Sicherheits-Architektur, die für Ruhe  
338 und Geborgenheit der Menschen sorgen kann. Gleichzeitig beherrschen innen- und  
339 sicherheitspolitische Besorgnisse die Debatte durch Terroranschläge, Übergriffe auf  
340 Frauen oder organisierte Wohnungseinbrüche – oft in alarmistischer Tonlage. Viele  
341 Menschen sind dadurch tief verunsichert. Von konservativer bis rechtspopulistischer  
342 Seite wird diese Gefühlslage immer wieder verstärkt, in der offenkundigen Absicht,  
343 aus Angst politisches Kapital zu schlagen. Wir GRÜNE nehmen sowohl die faktischen  
344 Bedrohungen, als auch die individuellen Sorgen sehr ernst, wenden uns aber  
345 entschieden gegen populistische Stimmungsmache oder gar Hetze. Wir reklamieren in  
346 der Sicherheitsdebatte – mit offenem Blick für die Verunsicherung vieler Menschen –  
347 die Stimme der Vernunft. Als GRÜNE leisten wir heftigen Widerstand, wenn Sicherheit  
348 vorgegaukelt und unsere Freiheit in unverhältnismäßiger Weise eingeschränkt wird.

### 349 **Eine bürgernahe und handlungsfähige Polizei**

350 Unsere offene Gesellschaft braucht eine sowohl personell als auch materiell gut  
351 ausgestattete Polizei – das ist Voraussetzung für unsere Sicherheit. Wir verstehen  
352 unsere Landespolizei als Bürger\*innenpolizei, die vor Ort ansprechbar und in der  
353 Gesellschaft verankert ist. Wir wollen die durch Rücknahme der Stellenkürzungen  
354 begonnene Stärkung der Polizei fortführen und setzen uns dafür ein, dass mehr  
355 Polizeianwärter\*innen ausgebildet werden. Wir brauchen eine bessere Kooperation auf  
356 deutscher und europäischer Ebene mit einer Polizei, die voll handlungsfähig ist,  
357 sich den Herausforderungen der digitalen Gesellschaft zu stellen. Wir wollen mehr  
358 Menschen mit Migrationshintergrund für unsere Polizei werben. Schon in den  
359 vergangenen Jahren haben wir die Haushalte darauf ausgerichtet. Eine  
360 Militarisierung der Innenpolitik, zum Beispiel durch die Diskussion um  
361 Bundeswehreinmärsche im Innern, lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir weiterhin auf  
362 zielgerichtete Polizeiarbeit.

### 363 **Polizei und Strafverfolgungsbehörden fit machen für das digitale Zeitalter**



364 Polizei und Strafverfolgungsbehörden wollen wir für das digitale Zeitalter voll  
365 handlungsfähig machen. Sie brauchen das Rüstzeug, um geltendes Recht überall  
366 durchsetzen zu können – offline wie online. Die notwendige Bekämpfung von „Hate  
367 Speech“, also strafbaren Meinungsäußerungen im Internet, ist ein sinnfälliges  
368 Beispiel. Geltendes Recht durchzusetzen, kann nur gelingen, wenn die  
369 Strafverfolgungsbehörden personell wie technisch angemessen ausgestattet sind.  
370 Genauso braucht die Polizei mehr spezielle Schulungsangebote, um besonders  
371 schwierige Aufgaben noch besser bewältigen zu können. Anlasslose Massenüberwachung  
372 erhöht die Sicherheit nicht und stellt eine zusätzliche Gefahr für ein  
373 unbehelligtes Alltagsleben der Bürger\*innen dar. Maßnahmen wie Quellen-  
374 Telekommunikationsüberwachung und die Online-Durchsuchung lehnen wir solange als  
375 unverhältnismäßige Eingriffe in die informationelle Selbstbestimmung ab, bis ihre  
376 Verfassungskonformität nachgewiesen ist.

### 377 **Mit Kriminalprävention Straftaten vorbeugend verhindern**

378 Sicherheitspolitik ist vielschichtig. Nicht allein Polizei, Geheimdienste und  
379 Justiz können Garanten für Sicherheit sein. Kriminalität wird zunehmen, wenn in  
380 einer Gesellschaft viele Menschen unter Armut leiden, durch fehlende Bildung kaum  
381 Chancen haben aufzusteigen oder Minderheiten diskriminiert werden. Auch Kulturelle  
382 Bildung im weitesten Sinne gehört zu einer wirksamen Prävention. Gelungene  
383 Integration ist der beste Schutz vor Radikalisierung. Wir wollen die  
384 kriminalpräventiven Projekte im Land ausbauen und neu aufstellen. Dazu gehören  
385 Förderung und Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse, um Zusammenhänge  
386 zwischen Sicherheit einerseits und Bildung, Armutsbekämpfung, Integration und  
387 Städteplanung auf der anderen Seite zu untersuchen.

### 388 **Unsere Grundrechte stärken**

389 Statt fortwährender Einschränkung unserer Grundrechte pochen wir auf den Ausbau  
390 unserer Bürger\*innenrechte. Wir wollen das Justizministerium zu einem  
391 Grundrechtministerium erweitern. Alle neuen Gesetze werden wir einem Grundrechte-  
392 TÜV unterziehen.

393 Bestehende Sicherheitsgesetze sind regelmäßig auf ihre Effektivität und  
394 Verhältnismäßigkeit von unabhängiger Seite zu evaluieren. Neue Sicherheitsgesetze  
395 wollen wir mit einer zeitlichen Befristung belegen.

396 Instrumente, die unsere Freiheit unverhältnismäßig einschränken, lehnen wir ab.  
397 Dazu gehören die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, die präventive  
398 Telekommunikationsüberwachung, die Schleierfahndung und die generelle Ausweitung  
399 der Videoüberwachung.

### 400 *Alternativen Verfassungsschutz*

#### 401 *Alternative 1*

### 402 **Den Verfassungsschutz demokratisieren - Parlamentarische Kontrolle verbessern**

403 Die Aufarbeitung der NSU Terrorserie hat gezeigt, dass der Verfassungsschutz auf  
404 Bundesebene und in vielen Ländern versagt hat. Wir streben an, dass der  
405 Verfassungsschutz auf der Basis einer umfassenden Aufgabenkritik neu aufgestellt  
406 wird. Wir wollen die Arbeit des Verfassungsschutzes auf die Beobachtung von  
407 gewaltorientierten Gruppen, wie Rechtsextreme und Islamisten, konzentrieren. Der  
408 Verfassungsschutz hat auf die Nutzung geheimdienstlicher Mittel, wie beispielsweise  
409 den Einsatz von V-Menschen, zu verzichten. Geheimdienstliche Erkenntnisse dürfen  
410 weiterhin vertraulich bleiben, aber die Arbeitsgrundlagen, die konzeptionellen

411 Ansätze und die Strukturen der Arbeit des Verfassungsschutzes müssen der  
 412 Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dem Parlament sind hingegen alle  
 413 Informationen zugänglich zu machen.

414 *Alternative 2*

#### 415 **Den Verfassungsschutz umwandeln**

416 Der Landesverfassungsschutz gehört auf den Prüfstand. Die Aufarbeitung der NSU  
 417 Terrorserie hat gezeigt, dass der Verfassungsschutz auf Bundesebene und in vielen  
 418 Ländern versagt hat. Die eigentliche Aufgabe des Verfassungsschutzes sollte die  
 419 Analyse von demokratiefeindlichen Bestrebungen und Denkmustern in unserer  
 420 Gesellschaft sein. Wie viele Expert\*innen fordern wir, den Verfassungsschutz in ein  
 421 wissenschaftliches Institut umzuwandeln, das seine Erkenntnisse Parlament,  
 422 Regierung und Öffentlichkeit transparent zur Verfügung stellt. Die Aufdeckung und  
 423 Verfolgung demokratie- und staatsfeindlicher Kriminalität im Untergrund sollte dem  
 424 polizeilichen Staatsschutz mit den dafür vorgesehenen Instrumenten der  
 425 Strafprozessordnung und des Strafrechts vorbehalten sein.

#### 426 **Unabhängige und funktionsfähige Justiz**

427 Unsere Gesellschaft braucht eine plurale, offene und den gesellschaftlichen  
 428 Entwicklungen zugewandte Justiz. Wenn ihre Arbeitsfähigkeit durch zu geringe  
 429 Personalausstattung leidet, schwindet das Vertrauen in unsere Demokratie. Um mehr  
 430 Vertrauen in unsere Justiz zu erzielen, wollen wir die Unabhängigkeit der Justiz  
 431 stärken. Dazu gehört die Einstellungs- und Beförderungspraxis für Richter\*innen zu  
 432 reformieren, moderne Feedbackformate für Richter\*innen einzuführen und Supervision  
 433 sowie eine regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen verbindlich zu machen. Damit das  
 434 Verständnis für Rechtsfragen in der Bevölkerung verankert ist, wollen wir die  
 435 Justiz zu einer aktiveren Öffentlichkeitsarbeit ermutigen.

#### 436 **Resozialisierung statt Repression**

437 Im Strafvollzug setzen wir auf Resozialisierung statt auf harte Strafen. Wir werden  
 438 eine wissenschaftliche Untersuchung über die Zusammenhänge von Freiheitsstrafen,  
 439 Ausgestaltung des Strafvollzugs und Rückfallgefährdung in Auftrag geben. Darüber  
 440 hinaus ist das Zusammenspiel zwischen staatlichen und freien Trägern für die  
 441 Resozialisierung zu stärken.

#### 442 **Den Besitz von Cannabis entkriminalisieren**

443 Die Drogenpolitik der Bundesregierung ist unverhältnismäßig und kontraproduktiv.  
 444 Besitzer\*innen von bereits wenigen Mengen Cannabis werden strafrechtlich verfolgt,  
 445 während Drogen wie Alkohol und Tabak mit einem höheren Abhängigkeitspotenzial legal  
 446 erstanden und beworben werden dürfen. Diese von Doppelmoral geprägte Drogenpolitik  
 447 wollen wir beenden und Anbau, Besitz und Konsum von geringen Mengen Cannabis  
 448 straffrei stellen.

449 Ziel Grüner Drogenpolitik ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit Drogen.  
 450 Während andere weiterhin auf Verbots- und Bevormundungspolitik setzen, wollen wir  
 451 die Präventionsarbeit stärken und den Markt endlich staatlichen Regeln unterwerfen.

#### 452 **Bürger\*innenbeteiligung verbindlich machen**

453 Um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken oder zurückzugewinnen und die  
 454 Legitimation politischer Entscheidungen zu erhöhen, sollen die Möglichkeiten zur  
 455 Mitbestimmung erweitert werden. Wir haben deshalb u.a. die Hürden für  
 456 Bürgerbeteiligung auf der Kommunalebene und bei Volksinitiativen gesenkt. Für

457 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide ist der Anwendungsbereich vergrößert worden.  
458 Das Wahlalter bei den Landtagswahlen ist auf Betreiben der GRÜNEN auf 16 Jahre  
459 gesenkt. Darauf wollen wir aufbauen.

460 Bürger\*innen sollen mehr Möglichkeiten erhalten, sich frühzeitig in die  
461 Entscheidungen der Kommunen einzubringen, beispielsweise durch Zukunftsforen oder  
462 Online-Beteiligungsverfahren. Wir wollen sicherstellen, dass die Bevölkerung vor  
463 Ort bei Infrastrukturvorhaben frühzeitig beteiligt wird.

#### 464 **Gesetze verständlich machen**

465 Gesetze und Verordnungen müssen so formuliert sein, dass alle sie verstehen.  
466 Deshalb sollen einzelne Gesetze auch in einfacher Sprache erstellt werden und im  
467 Internet abrufbar sein.

#### 468 **Für eine bürgernahe und interkulturelle Verwaltung**

469 Wir wollen Offenheit, Verständlichkeit, Transparenz, verlässlichen Datenschutz und  
470 interkulturelles Auftreten als Leitbild für unsere Verwaltung etablieren.

471 Es gilt, die Anzahl der Mitarbeiter\*innen mit Migrationshintergrund in der  
472 öffentlichen Verwaltung zu erhöhen und Angebote bereit zu stellen, die  
473 gegenseitiges Kennenlernen fördern.

#### 474 **Datenschutz stärken – sichere Kommunikation ermöglichen**

475 Um vertrauensvolle und sichere Kommunikation von Bürger\*innen mit den  
476 Landesinstitutionen zu ermöglichen, wollen wir verschlüsselte Kommunikation mit  
477 Behörden zum Standard machen.

478 Die Verabschiedung der europäischen Datenschutzgrundverordnung war ein wichtiger  
479 Meilenstein. Ihre Umsetzung entscheidet darüber, ob wir künftig höhere Daten- und  
480 Verbraucherschutzstandards bekommen. Im Landesrecht werden wir hierfür die Weichen  
481 stellen. Das Unabhängige Landesdatenschutzzentrum (ULD) wollen wir stärken, um auch  
482 kommenden Herausforderungen im Daten- und Verbraucherschutz gerecht zu werden.

483 Es gilt auszuloten, wie eine Balance aus dem Schutz personenbezogener Daten und  
484 datengeleitetem Regierungshandeln (Data Driven Government) gelingen kann. Zu diesem  
485 Zweck könnte man zum Beispiel anonymisierte Meldedaten nutzen, um den Bedarf an  
486 Lehrer\*innenstellen in einer Kommune präzise zu ermitteln.

487 Wo es landesrechtlich möglich ist, wollen wir Hinweisgeber\*innen (so genannte  
488 Whistleblower\*innen) zu Missständen in öffentlichen Einrichtungen besser schützen.

#### 489 **Kommunen zukunftsfähig aufstellen**

490 Schleswig-Holstein hat mit mehr als 1000 Gemeinden in den Ämtern eine besonders  
491 kleinteilige Struktur. Wir wissen, dass in kleinen Gemeinden viele Aufgaben  
492 hervorragend erfüllt werden. Daran wollen wir soweit möglich festhalten. In  
493 Schleswig-Holstein haben aber viele Gemeinden nicht die Größe, um die immer  
494 komplexeren Selbstverwaltungsaufgaben zu lösen. Deshalb verlagern sie häufig  
495 Aufgaben auf das Amt und auf Zweckverbände, um dort Entscheidungen treffen zu  
496 lassen. Die Amtsausschüsse sind nicht direkt gewählt, ihnen fehlt die demokratische  
497 Legitimation. Gleichzeitig zeigen die zahlreichen Verwaltungsgemeinschaften und  
498 auch Fusionen in Schleswig-Holstein, dass die kommunale Landschaft in Bewegung ist:  
499 Viele Gemeinden machen sich bereits auf den Weg, um in neuen Kommunalstrukturen  
500 ihre Aufgaben erfüllen zu können.

501 Wir wollen die kommunalen Strukturen reformieren und verfolgen das Ziel, Ämter in  
 502 Amtsgemeinden umzuwandeln. Die Aufgabenzuteilung und Gestaltungskompetenz soll sich  
 503 dabei an Beispielen wie den Einheitsgemeinden in Niedersachsen orientieren.

504 Das Szenario: Ehemals amtsangehörige Gemeinden werden zu Orten, wo weiterhin  
 505 Ortsbeiräte und ehrenamtliche Ortsbürgermeister\*innen gewählt werden können. In den  
 506 Amtsgemeinden werden Amtsgemeindevertretungen und hauptamtliche  
 507 Amtsbürgermeister\*innen gewählt. Die Amtsausschüsse entfallen.

#### 508 **Norddeutsche Kooperation weiter vertiefen**

509 Die Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit den norddeutschen Ländern, allen voran  
 510 mit Hamburg, ist in den vergangenen Jahren vertieft worden. Auch parlamentarisch  
 511 wurde mit dem Beschluss zur Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses von  
 512 Schleswig-Holsteinischem Landtag und Hamburger Bürgerschaft eine engere Kooperation  
 513 auf den Weg gebracht. Diesen Prozess begrüßen wir und begleiten ihn aktiv. So  
 514 werden wir etwa auf eine gemeinsame Landes- und Verkehrsplanung und eine gemeinsame  
 515 Schulentwicklungsplanung hinarbeiten. Nicht Abschottung, sondern die Entwicklung  
 516 gemeinsamer Perspektiven stärkt den Norden. Die Unternehmen im Norden gehen mit  
 517 großen Schritten voran.

#### 518 **Demokratie@Digital**

519 Wir wollen alle Verwaltungsabläufe und den Bürgerservice im Rahmen einer  
 520 Prozessoptimierung in der öffentlichen Verwaltung (E-Government-Strategie)  
 521 digitalisieren und den Bedarf von Bürger\*innen-Servicezentren für die Verwaltung  
 522 prüfen. Ziel ist ein zentrales Internet-Portal, unabhängig davon, ob Bürger\*innen  
 523 von ihrer Kommunalverwaltung oder dem Land Auskunft suchen. Open Data (freie  
 524 Verfügbar- und Nutzbarkeit von – meist öffentlichen – Daten) und eine offene  
 525 Verwaltungskultur sind unverzichtbare Elemente in einer Teilhabegesellschaft.  
 526 Deshalb werden wir die Veröffentlichung und kostenfreie Bereitstellung von  
 527 Landesdatenbeständen und Geodaten im Rahmen des novellierten  
 528 Informationszugangsgesetzes umsetzen.

529 Die Digitalisierung von Staat und Verwaltung erfordert den Einsatz von kompatiblen,  
 530 offenen Formaten – möglichst landes-, bundes- oder sogar europaweit.

#### 531 **Auf den Punkt**

- 532 • *Wir werden* auf ganzheitliche Kriminalprävention drängen zum Ersatz von  
 533 Massenüberwachung, scharfer Sicherheitsgesetze und Repression,
- 534 • unsere Polizei und Justiz personell und materiell stärken,
- 535 • einen Grundrechte-TÜV für Gesetze und ein Grundrechtministerium auf die  
 536 Tagesordnung setzen,
- 537 • den Verfassungsschutz reformieren (Abstimmung!)
- 538 • Resozialisierung im Strafvollzug stärken,
- 539 • Besitz von Cannabis entkriminalisieren,
- 540 • Bürger\*innenbeteiligung ausbauen,
- 541 • kommunale Strukturen reformieren,
- 542 • Whistleblower\*innen schützen und sichere Kommunikation ermöglichen,

- 543 • länderübergreifende Planung mit Hamburg voranbringen.

544 **Rassismus und Diskriminierung / Die Würde des Menschen ist**  
 545 **unantastbar, das ist uns Verpflichtung**

546

547 Es ist geboten, dass wir uns noch mehr mit den Ursachen von Rassismus in unserer  
 548 Gesellschaft auseinandersetzen. Dabei ist die Präventionsarbeit zu stärken,  
 549 antirassistische Bildungsarbeit zu fördern und ausreichend Beratungszentren für  
 550 Opfer rassistischer und rechtsextremistischer Gewalt vorzuhalten.

551 **Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit stärken**

552 Wir setzen uns dafür ein, dass an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen aktive  
 553 Antirassismusarbeit geleistet wird. Aufklärungs- und Präventionsarbeit soll  
 554 verbessert, Schulmaterial auf rassistische Passagen überprüft werden.  
 555 Geschichtsunterricht soll unsere Schüler\*innen auch über die deutsche  
 556 Kolonialgeschichte aufklären. Antirassistische Arbeit lebt durch eine engagierte  
 557 aktive Zivilgesellschaft. Wir GRÜNE bekennen uns zu antirassistischen Bündnissen  
 558 und unterstützen sie.

559 Wir fordern die Aufstockung des von uns geschaffenen Landesprogramms für  
 560 Demokratisierung und gegen Rechtsextremismus, beispielsweise durch ein weiteres  
 561 regionales Beratungszentrum in Neumünster.

562 **Wir sind die Queer-Lobby**

563 Mehr als 40 Prozent der Menschen finden es abstoßend, so haben es Untersuchungen  
 564 belegt, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen. Gewalttaten gegen  
 565 Homosexuelle und Transgender nehmen zu, "schwul" ist nach wie vor ein beliebtes  
 566 Schimpfwort: In größeren Teilen unserer Gesellschaft halten und bauen sich  
 567 totgeglaubte Vorurteile und Diskriminierungen auf. Wir wollen der Ausgrenzung und  
 568 Verunglimpfung von Lesben, Schwulen, Bi-, Inter- und Transsexuellen entschieden  
 569 begegnen und das Konzept von Vielfalt und Toleranz dagegen setzen, das auf grünen  
 570 Grundüberzeugungen basiert. Wir GRÜNE sind die Stimme für ein  
 571 diskriminierungsfreies, buntes und tolerantes Schleswig Holstein.

572 Nachdem wir in dieser Wahlperiode auf grüne Initiative den Aktionsplan für sexuelle  
 573 Vielfalt geschaffen haben, Projekte gefördert und Kürzungen bei LGBTIQ-Initiativen  
 574 (lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, intersexuell und queer) rückgängig  
 575 gemacht wurden, wollen wir die Präventionsarbeit weiter ausbauen. Wir werden  
 576 unseren Aktionsplan "Echte Vielfalt für Trans- und Intersexuelle Menschen"  
 577 verstärkt öffnen und ihre besonderen Belange einbeziehen.

578 **Junge Menschen beim Coming Out unterstützen**

579 Junge Menschen brauchen mehr Unterstützung, um ihre sexuelle Identität ohne  
 580 Diskriminierung entwickeln zu können. Wir werden das "Schlau Projekt" und "Na  
 581 sowas" stärken. Sie sollen in die Lage versetzt werden, Schulaufklärungsprojekte im  
 582 ganzen Land anzubieten. Lehrkräfte sind in Aus- und Fortbildung für den Umgang mit  
 583 sexueller Vielfalt zu sensibilisieren.

584 **Sei so, wie du bist – egal, wo du wohnst**

585 Die Situation für LGBTIQ-Menschen ist bei uns regional unterschiedlich. Neben der  
 586 Förderung von Projekten in Städten, werden wir Modelle für den ländlichen Raum  
 587 entwickeln: Auch dort sollen entsprechende Beratungsangebote entstehen. Für das

588 Hamburger Umland wollen wir einen gemeinsamen Aktionsplan mit der Stadt Hamburg  
589 entwickeln.

590 **Ein Denkmal für die verfolgten Homosexuellen**

591 In unserem Land sind bis 1994 homosexuelle Männer aufgrund ihrer Sexualität noch  
592 verfolgt worden. Ihnen ist Unrecht geschehen. Wir setzen uns im Bundesrat für ihre  
593 Entschädigung ein. Zur Erinnerung an die homosexuellen und transsexuellen Opfer des  
594 Nazi-Regimes in Schleswig-Holstein möchten wir ein Landesdenkmal errichten lassen.

595 **Queere Menschenrechte enden nicht an der Haustür**

596 In vielen Staaten, mit denen Schleswig Holstein kooperiert, werden die Rechte von  
597 Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender mit Füßen getreten. Wir dringen  
598 darauf, dass in den politischen und wirtschaftlichen Kooperationen mit Staaten wie  
599 Russland, China oder auch dem Baltikum die Lage von LGBTIQ thematisiert wird und  
600 Kooperationen mit Initiativen aus Schleswig-Holstein vereinbart werden.

601 **Auf den Punkt**

- 602 • *Wir werden* die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rassismus und die  
603 Antidiskriminierungsstelle stärken,
- 604 • ein Präventionszentrum gegen Rechtsextremismus in Neumünster einrichten und  
605 die bestehenden ausbauen,
- 606 • den Aktionsplan für sexuelle Vielfalt ausweiten und für Trans- und  
607 Intersexuelle Menschen noch mehr öffnen,
- 608 • sexuelle Aufklärungsprojekte in den Schulen voranbringen,
- 609 • sexuelle Vielfalt in der Lehreraus- und Fortbildung verankern,
- 610 • ein Denkmal für homosexuelle Opfer des NS Regimes einrichten,
- 611 • LGBTIQ-Themen bei internationalen Kooperationen auf den Tisch bringen.

612 **Kultur / Menschen über Kulturprojekte jenseits des Mainstreams**  
613 **zueinander bringen und Kreativität fördern**

614

615 Unsere Gesellschaft erfährt durch die Kultur lebenswichtige Impulse. GRÜNE  
616 Kulturpolitik fördert – neben der etablierten Kultur (Landestheater, Orchester,  
617 große Museen) – die Kultur jenseits des etablierten Betriebs und verbürgter  
618 Wertschätzungen. Dafür schaffen wir Freiräume und wollen Menschen über  
619 Kulturprojekte miteinander verbinden. Diese Kulturpolitik nach dem Konzept  
620 „Kulturperspektiven Schleswig-Holstein“ werden wir fortsetzen und weiterentwickeln.

621 **Kulturelle Integrationsprojekte unterstützen**

622 Wir fördern den interkulturellen Dialog mit Migrant\*innen und beabsichtigen, sie  
623 stärker in der Kulturförderung zu berücksichtigen. Migrant\*innen sollen auch in  
624 Beiräte und Jurys gewählt werden.

625 **Freiräume schaffen**

626 Es gilt, neue Kulturräume zu entwickeln und Kreativität zu fördern. Wir setzen uns  
627 deshalb für Produktions- und Proberäume für Musiker\*innen ein, für freies Theater  
628 und Tanz sowie für Räume, in denen zeitweise Produktionsbüros für junge

629 Filmemacher\*innen eingerichtet werden können. Günstige Atelierräume sind vermehrt  
630 bereit zu stellen sowie Orte für temporäre Ausstellungen (In- und Outdoor) und zur  
631 Kommunikation.

### 632 **Denkmalschutz weiterentwickeln**

633 Wir GRÜNE stehen für einen verbesserten Denkmalschutz. Das novellierte  
634 Denkmalschutzgesetz bietet einen guten Ausgleich zwischen dem Anspruch der  
635 Gesellschaft, historische Bausubstanz zu erhalten und den Interessen der  
636 Eigentümer\*innen. Besonderen Wert legen wir darauf, dass die Belange der  
637 Energiewende und der Inklusion angemessen berücksichtigt werden und jeder  
638 Einzelfall sorgfältig abgewogen wird. Kompromisse sind im Denkmalschutz  
639 unerlässlich, vor allem wenn Fragen energetischer Sanierung, Ausbau der Windkraft  
640 und Barrierefreiheit zu berücksichtigen sind. Denkmalschutz bedeutet nicht nur zu  
641 erhalten, was breite Zustimmung findet. Gerade unbequeme Denkmale sind ein  
642 Spiegelbild ihrer Zeit.

### 643 **Zeugnisse des nationalsozialistischen Unrechtsystems lebendig halten**

644 Gerade angesichts zunehmender nationalistischer und rassistischer Tendenzen in  
645 unserer Gesellschaft kommt den Gedenkstätten im Land eine aufklärerische  
646 Bildungsfunktion zu. Wir setzen uns für den Erhalt, die Sicherung und die weitere  
647 Entwicklung der Gedenkstätten ein. Sie müssen finanziell so ausgestattet werden,  
648 nicht zuletzt personell und professionell, dass sie in zeitgemäßen Angeboten ihrer  
649 mahnenden Funktion gerecht werden können.

### 650 **Kulturelle Bildung fördern**

651 Die kulturelle Bildung bei jungen Menschen ist zu stärken. Dazu wollen wir allen  
652 Kindern in ihrer Schulzeit vielfältige Begegnungen mit der Kultur ermöglichen. Wir  
653 unterstützen Kooperationen von Schulen, Theatern, Museen, Musikschulen, freien  
654 Anbietern, LAG Soziokultur und Künstler\*innen.

### 655 **Filmförderung als Aushängeschild**

656 Unsere gemeinsame Filmförderung mit dem Nachbarland Hamburg hat sich bewährt. Es  
657 werden spannende Filmprojekte unterstützt und durch die Produktionen weltweit  
658 Werbung für Schleswig-Holstein gemacht. Diesen Weg werden wir weiter gehen.

659 Um schleswig-holsteinische Produktionen zu fördern, soll in unseren Kinos vor dem  
660 Hauptfilm jeweils ein Kurzfilm aus Schleswig-Holstein gezeigt werden.

### 661 **Kultur@Digital**

662 Durch die Digitalisierung verändert sich unsere Kultur, neue Chancen eröffnen sich.  
663 Wir werden digitale Methoden im Sinne der sozialen Teilhabe bei der Vermittlung  
664 kultureller Angebote sowie als Gestaltungsmittel für alle Künste fördern.

665 Weiterhin setzen wir auf eine Modernisierung des Urheberrecht, die den Kreativen zu  
666 Gute kommt, neue Nutzungsformen kultureller Werke erlaubt und das Ziel eines fairen  
667 Interessensausgleichs zwischen allen Beteiligten verfolgt. Die Anwendung von  
668 Creative Commons Lizenzen, (eine einfache Weise, Nutzungsrechte für  
669 urheberrechtsgeschützte Werke zu ermöglichen) unterstützen wir. Auch Werke, wie  
670 Fotos und Texte, die im Auftrag des Landes erstellt wurden, sind unter Creative-  
671 Commons-Lizenz zur Verfügung zu stellen.

672 Wir brauchen eine Digitalisierung der Archive und eine Archivierung des Digitalen.  
 673 Hierfür wollen wir den Landesarchiven die nötigen Ressourcen Schritt für Schritt  
 674 bereitstellen.

675 Der Kulturbegriff wandelt sich. Es gilt, die Möglichkeit zu schaffen, Fördermittel  
 676 auch für die Entwicklung von Videospiele einzusetzen.

#### 677 **Auf den Punkt**

- 678 • *Wir werden* den kulturellen Dialog mit Migrant\*innen fördern und ihre Teilhabe  
 679 sichern,
- 680 • Freiräume für Kulturarbeit schaffen,
- 681 • kulturelle Bildung in Kooperation zwischen Schulen und Künstler\*innen  
 682 voranbringen,
- 683 • Filmförderung stärken,
- 684 • uns für eine Modernisierung des Urheberrechts einsetzen und Kultur durch  
 685 Creative Commons-Lizenzen verbreiten.

#### 686 **Medien / Die Vielfalt und Unabhängigkeit unserer** 687 **Medienlandschaft erhalten – das dient der Meinungsfreiheit und** 688 **der Demokratie**

689

690 Eine unabhängige und vielfältige Medienlandschaft aus Zeitung, Fernsehen, Radio,  
 691 Internet, ist Grundvoraussetzung für eine lebendige Demokratie. Medien sichern  
 692 Meinungsvielfalt, erklären komplizierte Sachverhalte und decken oftmals durch  
 693 Recherchen gesellschaftliche Missstände auf. Dies gilt für den starken öffentlichen  
 694 Rundfunk wie für die privaten Sender. Wir werden unsere unabhängige und  
 695 facettenreiche Medienlandschaft sichern.

696 Der Zugang zu Medien für alle ist ein Grundrecht. Unsere Medien stehen unter Druck:  
 697 durch Zusammenlegung von Zeitungen, aufgrund von Stellenstreichungen, nicht zuletzt  
 698 wegen der zumeist anti-demokratischen Stimmungsmache. Die zunehmende  
 699 Kommerzialisierung und Konzentration im Journalismus sehen wir GRÜNE kritisch.

700 Für die Untermauerung der politischen Diskussion über die Zukunft unserer  
 701 Medienlandschaft soll die Landesregierung einen Bericht zur Situation der  
 702 Medienlandschaft in Schleswig-Holstein erstellen.

703 Medienpolitik muss im Zeitalter der Digitalisierung neue Wege wagen: Vor allem  
 704 junge Menschen nutzen viel häufiger Angebote im Internet als in gedruckter Form  
 705 oder am Fernseher. Dieser Entwicklung müssen sich alle Beteiligten stellen. Auch im  
 706 Internet gelten Meinungsvielfalt und Minderheitenschutz beim Informationstransfer.  
 707 Die Rundfunk- und Medienstaatsverträge müssen hierauf Antworten geben.

#### 708 **Journalistische Qualität fördern – analog wie digital**

709 Die Situation der Printmedien hat sich in den vergangenen Jahren erheblich  
 710 verschlechtert: Sinkende Auflagen, erhöhter Konkurrenzdruck durch Online-Medien,  
 711 schrumpfende Einnahmen und wachsende Anforderungen bei schlechteren Verträgen für  
 712 Journalist\*innen sind eine Gefahr für die Qualität der Berichterstattung. Das hat  
 713 Auswirkungen auf die Arbeitssituation der Journalist\*innen wie auch auf die  
 714 Meinungsvielfalt in unserem Land.



715 Wir werden Modelle entwickeln, die qualitativ gute lokale und regionale  
716 Berichterstattung erhalten. Beispielhaft dafür sind Stiftungsmodelle oder die  
717 Förderung von neuen Formen des Journalismus, wie beispielsweise von  
718 Kleinstverlagen.

719 Wir GRÜNE begrüßen, dass durch den Onlinebereich weitere Möglichkeiten zur  
720 unabhängigen Information hinzugekommen sind. Gleichzeitig wächst die Notwendigkeit,  
721 dafür Medienkompetenz zu vermitteln.

### 722 **Medienkompetenz neu aufstellen**

723 Die Medienkompetenzstrategie des Landes wird neu aufgestellt. Bis zum Jahr 2025  
724 soll für alle Schleswig-Holsteiner\*innen der selbstbestimmte und souveräne Umgang  
725 mit digitalen Medien so selbstverständlich sein wie heute das Telefonieren oder das  
726 Öffnen von Briefen. In der digitalen Gesellschaft ist Medienkompetenz eine  
727 Schlüsselqualifikation. Wichtig ist es, Informationen nicht nur zu finden, sondern  
728 sie auch einordnen zu können. Ziel muss es sein, alle Menschen in Schleswig-  
729 Holstein mit alters- und bedarfsgerechten Angeboten zu erreichen. Wir setzen dazu  
730 auf bestehende Institutionen, wie zum Beispiel den Offenen Kanal, das IQSH  
731 (Institut für Qualitätssicherung SH), auf unsere Hochschulen, die  
732 Verbraucherzentrale sowie die "Hackerszene".

733 Zusätzlich werden wir einen Fortbildungscampus online stellen, auf dem alle  
734 Angebote des Landes zu Themen der Digitalisierung gebündelt sind und weitere  
735 Vernetzungs- und Kontaktmöglichkeiten entstehen,

736 Wir begrüßen es, wenn Bürger\*innen selbst Fernseh-, Hörfunk- und Internetangebote  
737 gestalten und sich direkt am Meinungsbildungsprozess beteiligen. Vor allem der  
738 Offene Kanal in Schleswig-Holstein trägt hierzu bei: Seine Funktion als Forum für  
739 Bürger\*innen sowie als Lokalradio und Lokalfernsehen ist wichtig. Die Aus- und  
740 Fortbildungsaktivitäten des Offenen Kanals geben ein Vorbild.

### 741 **Rundfunkangebote zukunftsfähig machen**

742 Durch das Internet ist der Zugang zu den Angeboten der Rundfunkanstalten schon  
743 jetzt flexibel. Die Pflicht, öffentlich-rechtliche Angebote nach kurzer Zeit wieder  
744 aus dem Online-Angebot zu löschen, führt dies jedoch ad absurdum. Wir wollen, dass  
745 das Sieben-Tage-Limit für öffentlich-rechtliche Angebote im Netz abgeschafft wird.  
746 Wir setzen uns dafür ein, dass auch beim Offenen Kanal alle Sendungen online  
747 abzurufen sind.

748 Bei einer Novellierung des NDR-Staatsvertrages wollen wir uns dafür einsetzen, dass  
749 der NDR noch transparenter wird. NDR-Gremien sollen wie der Rundfunkrat öffentlich  
750 tagen, im Rundfunkrat auch Zuschauervertreter\*innen sitzen. Den Einfluss der  
751 Politik auf die Räte sehen wir kritisch.

752 Wir setzen uns dafür ein, dass der NDR mehr Sendungen in unseren Regional- und  
753 Minderheitensprachen ausstrahlt.

### 754 **Auf den Punkt**

- 755 • *Wir werden* einen Bericht zur Situation der Medienlandschaft in Schleswig-  
756 Holstein erarbeiten,
- 757 • neue Formen des Journalismus zur Sicherung der Meinungsvielfalt unterstützen,
- 758 • ein neues Medienkompetenzkonzept für Schleswig-Holstein vorlegen und Projekte  
759 zur Vermittlung von Medienkompetenz ausbauen,

- 760 • den Offenen Kanal stärken,
- 761 • dafür eintreten, dass die Nutzungsdauer von Angeboten in den Mediatheken
- 762 ausgedehnt wird.

## 763 **Netpolitik / Die Vorteile der Digitalisierung nutzen und**

## 764 **Herausforderungen annehmen**

765

766 Digitalisierung verändert alle Lebensbereiche, von der Bildung, über die Mobilität,

767 der Arbeitswelt, der Landwirtschaft bis zur Art, wie wir miteinander ins Gespräch

768 kommen. Wir GRÜNE denken Netpolitik ganzheitlich und haben daher in allen Kapiteln

769 unseres Landtagwahlprogramms ein Unterkapitel "Digitalisierung" hinzugefügt, in dem

770 wir die Herausforderungen und unsere Antworten skizzieren. Darüber hinaus gibt es

771 übergreifende netzpolitische Themen, die wir voranbringen wollen.

### 772 **Digitalisierung in der Landesregierung**

773 Aufbauend auf der digitalen Agenda des Landes werden wir ein stufenweises

774 Umsetzungskonzept erarbeiten, damit die Menschen in Schleswig-Holstein von der

775 Digitalisierung profitieren können und die Risiken minimiert werden. Das Thema

776 Digitalisierung ist in der Landesregierung noch nicht ausreichend verankert, das

777 gilt es nachzubessern. Digitalisierung muss als Querschnittsaufgabe der

778 Landesregierung wahrgenommen und politisch aufgewertet werden.

### 779 **Open Data**

780 Wir wollen schrittweise sämtliche technischen Daten, die das Land erhebt, allen

781 Bürger\*innen kostenlos, maschinenlesbar und in offenen Standards zugänglich machen.

782 So erhöhen wir Transparenz und Nachvollziehbarkeit politischen Handelns und

783 ermöglichen wirtschaftliche Innovation, gerade für Start-ups, Dazu gehören

784 Geodaten, Umweltdaten und Verkehrsdaten. Für die Aufbereitung werden wir den

785 Umwelt- und Landwirtschaftsatlas <http://www.umweltdaten.landsh.de/atlas> und den

786 Digitalen Atlas Nord <http://www.digitaleratlasnord.de/> ausbauen. Gleich zu Beginn

787 der nächsten Legislaturperiode werden wir eine Open-Data-Strategie vorlegen, die

788 konkrete Umsetzungen der Datenveröffentlichung beschreibt.

### 789 **Netzneutralität erhalten**

790 Die Gleichbehandlung aller Daten im Internet ist Voraussetzung für wirtschaftliche

791 und demokratische Chancengleichheit im Netz. In einem modernen Glasfasernetz sind

792 genügend Kapazitäten vorhanden, um allen Nutzer\*innen einen

793 Hochgeschwindigkeitszugang zu ermöglichen. Wenn wir den Netzbetreibern gestatten,

794 differenzierte Geschwindigkeiten und Tarife anzubieten, werden sie immer ein

795 Interesse an der Verknappung der Bandbreite haben, um ihre Gewinne zu maximieren.

796 Wir wollen uns auf allen Ebenen für die Netzneutralität und gegen ein „Zwei-

797 Klassen-Internet“ einsetzen, in dem die Daten von Nutzer\*innen priorisiert sind,

798 die mehr bezahlen können.

### 799 **Daten- und Verbraucher\*innenschutz stärken**

800 Bei allen neuen Chancen, die das Internet bietet, bringt es auch neue

801 Herausforderungen – vor allem für Verbraucher\*innen, aber auch für

802 Strafverfolgungsbehörden. Erstere wollen wir durch höchsten Daten- und

803 Verbraucher\*innenschutz schützen. Hierzu gehört die Transparenz von Angeboten,

804 übermäßiger Marktmacht durch Regulierung zu begegnen, IT-Sicherheit ganzheitlich zu

805 denken und beispielsweise durchgehende Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen zum Standard  
806 zu machen.

### 807 **Störerhaftung abschaffen – Freifunk unterstützen**

808 Die sogenannte Störerhaftung bringt eine erhebliche Rechtsunsicherheit mit sich.  
809 Gerade in einem Land wie Schleswig-Holstein, dessen wirtschaftliche Perspektiven in  
810 Tourismus und Digitalisierung von einer hohen Verfügbarkeit eines öffentlichen  
811 WLANs abhängen, besteht ein großes Interesse daran, diese politische Fußfessel  
812 loszuwerden. Auf Bundesebene werden wir uns weiterhin für eine Abschaffung der  
813 Störerhaftung einsetzen, damit mehr Menschen ihr Netz für Dritte öffnen. Hiervon  
814 profitieren nicht nur Nachbar\*innen, sondern auch Flüchtlinge und die Wirtschaft.  
815 Die Freifunkbewegung unterstützen wir und setzen uns dafür ein, dass  
816 Freifunkvereine als gemeinnützig anerkannt werden.

### 817 **Smart Cities und Smart Regions**

818 Digitalisierung bietet auch Kommunen Chancen, ihre Aufgaben besser zu bewältigen.  
819 Hierzu zählen vernetzte Mobilität, Daseinsvorsorge und Bildung. Wir wollen Konzepte  
820 für die ländlichen und die städtischen Regionen entwickeln, damit diese von der  
821 Digitalisierung profitieren können und suchen den Schulterchluss mit den Kommunen.

### 822 **Auf den Punkt**

- 823 • *wir werden* die Digitale Agenda weiterschreiben und ausdifferenzieren,
- 824 • alle technischen Daten (z.B. Geodaten) des Landes frei verfügbar machen,
- 825 • das Thema Digitalisierung stärker in der Landesregierung verankern.

## **Unterstützer\*innen**

Kai Hennings